

Zukunft braucht Beteiligung - Beteiligung schafft Zukunft

Perspektiven für die Lausitz entstehen mit neuer politischer Beteiligungskultur

von **Stephan Kühn**, sächsischer Bundestagsabgeordneter, **Annett Jagiela**, Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Görlitz und **Thomas Pilz**, Kreisrat und Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Görlitz

Der Strukturwandel in der Lausitz ist in aller Munde. Keine Woche ohne Lausitzkonferenz, keine Tageszeitung oder Nachrichten mehr, die nicht über die anstehenden Veränderungen in der Nieder- und Oberlausitz berichten. Das ist an sich sehr positiv zu bewerten, zeugt es doch davon, dass immer mehr Akteure in der Lausitz von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sich den Herausforderungen des Klimawandels und den damit für die Region verbundenen Folgen stellen und sie gestalten wollen. Die Vielzahl derer, die sich für die Zukunft der Region auf den Weg machen, beeindruckt. Strukturen entstehen, Gleichgesinnte verbünden sich um ihren Interessen ausreichend Gehör zu verschaffen. Es stimmt zuversichtlich, wenn Menschen ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen wollen.

Aber: Organisieren sich zur Zeit nicht vor allem diejenigen, denen Ressourcen in Form von Zeit und Geld dafür zur Verfügung stehen, die von Amtswegen oder beruflich in Auftrag stehen, sich um die Zukunft der Region zu kümmern? Es ist ein Irrglaube, anzunehmen, dass die Konzepte für den Strukturwandel allein in den höheren Politik- und Verbandsetagen entwickelt werden können. Die Menschen in der Lausitz sind das größte Potential der Region. Auf ihre Teilhabe zu setzen, ist das politische Gebot der Stunde. Sie mehr in den Blick zu nehmen, sie an dem zu beteiligen, was jetzt gedacht, geplant und besprochen wird, wird umso besser gelingen, je mehr wir sie als Ressource für den Veränderungsprozess begreifen. Deshalb darf das Mitmachen und Einbeziehen nicht nur formelhaft abgearbeitet werden, sondern braucht eine neue Praxis einer aktiven Beteiligungskultur.

So reicht es nicht, die Bürgerinnen und Bürger über die Ergebnisse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ nur zu informieren. Wir brauchen für einen erfolgreichen Prozess ein Konzept für eine breite Bürgerbeteiligung. Der Wegfall der ursprünglich geplanten Regionalbudgets ist das falsche Signal. Wir sollten mehr Verantwortung für Ideen für die Bewältigung des Strukturwandels nach „unten“ geben und Regionalbudgets für Bürgerprojekte auflegen. Vorbilder in Größe und Struktur könnten hierfür die Leader-Regionen sein, in denen bereits heute Regionalgelder zur Förderung des ländlichen Raumes vergeben werden.

Bürgerbeteiligung schafft Vertrauen und Akzeptanz

Die Veränderungsbereitschaft, die den Menschen abverlangt wird, ist groß. Die Veränderungen wirken in ihre Berufsbiografien hinein, bedeuten neue Arbeitsstellen, Weiterbildung aber auch das Gefühl, die bisherige Arbeitsleistung entwertet zu bekommen. Dabei summiert sich das heute neu abverlangte Maß an Veränderungsbereitschaft zu den seit 1989 geleisteten Transformationsaufwendungen. Für den Einzelnen zeigen sie sich in Erschöpfung, Verlust an gesellschaftlichen Zusammenhalt, Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und Entwertung des ländlichen Raumes als Heimat durch Überalterung und Abwanderung. Die aktuell erlebte Polarisierung in den politischen

Auseinandersetzungen bis hinein in die eigenen Familien ist kein lausitzspezifisches Phänomen, macht aber darauf aufmerksam, dass die Veränderungsressource Gemeinschaft oder Wir-Gefühl nicht selbstverständlich zur Verfügung steht.

An dieser Stelle muss eine aktive Beteiligungskultur ansetzen. Wer sich ernstgenommen fühlt in seinen Zukunftssorgen, den kann man auch dafür gewinnen, Antworten für die Zukunft zu finden. Beteiligung ist das Lebenselixier der Demokratie. Dafür braucht es vor allem Empathie, Zeit und auch Geld.

Wir müssen dabei nicht alles neu erfinden. Gelungene Beispiele für Bürgerbeteiligung finden wir vor der eigenen Haustür. Die Internationale Bauausstellung Fürst-Pückler-Land hat in den zehn Jahren ihres Wirkens in der Niederlausitz eine Vielzahl von Projekten durch und mit Bürgerbeteiligung erfolgreich auf den Weg gebracht. Die Biotürme in Lauchhammer, die Landmarke Lausitzer Seenland oder die Gubiner Hauptkirche, um nur einige Beispiele zu nennen, sind Ergebnis einer umfassenden Beteiligung der Betroffenen.

Strukturen schaffen für den Dialog

Eine breite Zukunftsdebatte ist die Chance für die Lausitz, sich ihrer eigenen Kräfte und Stärken zu besinnen. Mit der Frage „Wie wollen wir hier leben?“ können die Erfahrungen der Generationen einschließlich der letzten 30 Transformationsjahre einfließen in eine gemeinsame Erzählung der Lausitz aus der Lausitz heraus. Das fördert Identität, schafft Gemeinsinn und wird damit zur Quelle von Selbstbewusstsein. Zeugnisse bürgerlicher Selbstbehauptung finden wir in der Geschichte der Region zur Genüge. Um eine solche Selbstermächtigung geht es auch heute.

Die Zivilgesellschaft in der Lausitz bildet ein erstaunlich engmaschiges Netz an Vereinen, Initiativen und Aktivitäten. Diese Ressource für den Zukunftsdiallog gibt es bereits. Was wir benötigen sind Strukturen, die es schaffen, die Menschen einzuladen und miteinander zu vernetzen. Mit der Kulturhauptstadtbewerbung in Zittau und der Zukunftswerkstatt Lausitz in Bad Muskau sind Anfänge gemacht. Wir brauchen Akteure in diesen Strukturen, die mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam ein Leitbild entwerfen, welches später zur Grundlage von Entscheidungen wird. Dabei sollten wir das nutzen, was wir an Struktur bereits haben: Die Kultur mit ihren Institutionen könnte in diesem Wandel eine tragende Rolle bei Fragen nach dem Wofür und Wohin übernehmen. Sie sind Orte der Werteorientierung, der Inspiration, vor allem aber der Kommunikation und Verständigung. Bibliotheken, Theater, Museen oder soziokulturelle Zentren sollten ihre Möglichkeiten nutzen, die Zukunft in der Lausitz nach der Kohle zum Thema zu machen.

Zukunftsstiftung Lausitz gründen

Beteiligungskultur braucht finanzielle Ressourcen. Diese müssen von politischen Tagesentscheidungen unabhängig zur Verfügung stehen und langfristig gesichert sein. Als Stiftung angelegt könnte eine solche Finanzierungsstruktur langfristig wirken und die finanziellen Bedarfe in den Beteiligungsprozessen absichern. Die Stiftung wäre in der Lage, die sich daraus ergebenden Ideen und Projekte zu unterstützen, sei es in der weiteren Konzeption oder bereits in der Finanzierung. Eine Zukunftsstiftung Lausitz könnte den

Eigenmittelbedarf für größere zivilgesellschaftliche Projekte genauso decken, wie selber Förderungen für sozial innovative und auf die regionale Zukunftsfähigkeit ausgerichtete Projekte aufzulegen. Die Zukunftsstiftung Lausitz könnte als tragende Struktur für einen dezentral organisierten Beteiligungsprozess stehen und dabei transparent und unabhängig von politischer Einflussnahme selbst Ausdruck von Beteiligung sein. Dass diese Idee tragen kann, zeigt die RAG-Stiftung, die in Verbindung mit dem Ausstieg aus der Steinkohle gegründet wurde. Sie finanziert sich aus den Erträgen ihrer Beteiligungen, u.a. an der Evonik Industries AG. Dadurch kann sie politisch unabhängig agieren und Projekte im Bereich von Bildung, Wissenschaft und Kultur fördern. Die Unabhängigkeit der Zukunftsstiftung Lausitz muss durch eine langfristige Finanzierung des Bundes gesetzlich abgesichert werden.

Die Menschen in der Region an ihrer Zukunft aktiv zu beteiligen ist nichts weniger als für den gesellschaftlichen Humus zu sorgen, damit die Lausitz als Region eine Perspektive hat.